

Psychosoziale
Frauenberatungsstelle

donna klara

Goethestr. 9 24116 Kiel Tel. 0431-557 93 44 Fax 5579983
E-mail: psychosozial@donnaklara.de - www.donnaklara.de

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
Thomas Rother
Der Vorsitzende

Kiel, 28.10.2010

**„Homophobie aktiv bekämpfen!“: Stellungnahme der Psychosozialen
Frauenberatungsstelle donna klara zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN – Drucksache 17/502**

Sehr geehrte Damen und Herren,
vielen Dank für Ihre Einladung zur Stellungnahme zum oben genannten Antrag.

Wir begrüßen die Initiative von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gemeinsam mit den Kommunen, Verbänden, Fach-Einrichtungen und Vereinen einen Aktionsplan gegen Homophobie in Schleswig-Holstein zu entwerfen. Dass so ein Antrag überhaupt eingebracht und beraten wird belegt zweierlei: Einerseits das gewachsene Maß an Akzeptanz gegenüber Lebensweisen von Lesben, Schwulen, trans- oder intersexueller Menschen. In ähnlichem Maß hat sich auch deren Selbstverständnis in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren deutlich verändert. Heute sind sie deutlich sichtbarer in der Gesellschaft und viele können mit einem gestärkten Selbstbewusstsein ihr individuelles Lebensmodell leben. Andererseits zeigen die einzelnen Inhaltspunkte des Antrags, dass der politische und gesellschaftliche Einsatz für Respekt und Vielfalt eine wichtige Aufgabe für jetzt und die Zukunft bleiben. Dieser kann auf eine gute Grundlage aufbauen, muss aber heute andere Schwerpunkte setzen.

Denn auch wenn es, allgemein betrachtet, noch nie so viel Toleranz für Lesben und Schwule gab wie heute, etablieren sich zur gleichen Zeit Homophobie und Diskriminierungen, häufig konzentriert auf bestimmte gesellschaftliche Bereiche wie Schule, im Sport, in den Glaubensgemeinschaften etc. Nach wie vor gehören zudem Ausgrenzung in der Arbeitswelt, in den Herkunftsfamilien oder auch im medizinisch-sozialen Hilfesystem zu den Alltagserfahrungen vieler. Das Coming Out ist kein einmaliges Ereignis, inmitten der Mehrheitsgesellschaft wiederholt es sich für den Einzelnen und die Einzelne ein Leben lang. Die Folgen von Diskriminierungen können für die einzelne Person weitreichend sein: Wenn sie sich auf die psychische Gesundheit auswirken, auf ihre schulische und/oder berufliche Karriere, auf das Sich-zugehörig-fühlen zur Gesellschaft.

Dazu kommt: Die unterschiedlichen Lebensweisen von Lesben, Schwulen, trans- oder intersexueller Menschen werden unterschiedlich diskriminiert. Eherecht und Adoptivrecht privilegieren in unterschiedlichen Maß noch immer die heterosexuelle Lebensform. Neue Herausforderungen wie Homosexualität und Alter, Homosexualität und Pflege entstehen im Zusammenhang mit den älteren Generationen. Mehrfachdiskriminierungen, wie sie zum Beispiel von lesbischen und schwulen Migrantinnen und Migranten erlebt werden, sind in vieler Hinsicht kein Thema. Weder in der politischen noch in der Fachöffentlichkeit: Homosexualität fehlt als Diskriminierungsmerkmal in sämtlichen Integrationsplänen Schleswig-Holsteins, (nicht nur) in den migrationsspezifischen Beratungsstellen tauchen Lesben und Schwule noch so gut wie gar nicht auf. Oft liegt das daran, dass jeder der genannten Bereiche in erster Linie nur die eigenen Themen im Blick hat.

Wir unterstützen die Zielsetzung des Aktionsplans, möchten sie aber noch einen Schritt weiter denken: Es geht nicht nur um mehr Toleranz, das Ziel aller Maßnahmen muss die Gleichberechtigung aller Lebensweisen sein. Nicht nur auf dem Papier, sondern auf allen Ebenen des Miteinanderlebens. Das lässt sich nicht verordnen, aber machen – wie es auch die praktische Herangehensweise des vorliegenden Antrags skizziert. Erforderlich sind mehr Wissen, Sensibilität und mehr Aufmerksamkeit auf den Feldern, die dort bereits konkret beschrieben sind. Zwei Bereiche fehlen aus unserer Sicht und sollten ergänzt werden:

1. Die Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse von Lesben, Schwulen, trans- oder intersexuellen Menschen im Gesundheitsbereich sowie im psychosozialen Hilfesystem,
2. das Thema Migration und Homosexualität/sexuelle Orientierung.

Der Aktionsplan kann ein Baustein und ein wesentlicher Impuls sein, das Thema Homophobie, dessen Hintergründe und Zusammenhänge im wahrsten Sinne des Wortes quer und interdisziplinär zu denken: Quer durch alle relevanten Bereiche und interdisziplinär mit allen politisch und gesellschaftlich relevanten Akteuren. Im Sinne einer Gesellschaft der Vielfalt muss ein wirkungsvolles und zukunftsfähiges Konzept gegen Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit das Schubladendenken überwinden und Diskriminierungsmerkmale nicht mehr isoliert sondern übergreifend betrachten.

Aus unserer Sicht ist es richtig und sinnvoll, Fachwissen und Mitwirkung der einzelnen Minderheiten/Communities zu nutzen und mit dem der anderen Akteure von Anfang an zu verbinden. Nur so können gemeinsam Konzepte entwickelt werden, die die verschiedene Diskriminierungsmerkmale zusammen denken und nach entsprechenden, realisierbaren Lösungen suchen – die dann auch übergreifend umgesetzt werden können.

Diese Perspektive wünschen wir uns von dem Aktionsplan ausdrücklich noch deutlicher als bisher formuliert. Unsere Erfahrung sagt uns, dass die Zeit heute dafür reif ist. Ein auf diese Weise integrierter Aktionsplan kann auf die Emanzipationsarbeit der letzten Jahre aufbauen und ist darum Erfolg versprechend.

Eine Anmerkung sei zum Schluss erlaubt: Alle hier aufgeführten Gründe und Argumente machen einmal mehr deutlich, dass der Umfang der geplanten Kürzungen des Landes im Bereich Emanzipations-, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit für Lesben, Schwule und Transgender bereits von heute aus gesehen kontraproduktiv sind, da sie die Arbeit der drei landesweiten Fachprojekte stark beschneiden bzw. komplett beenden.